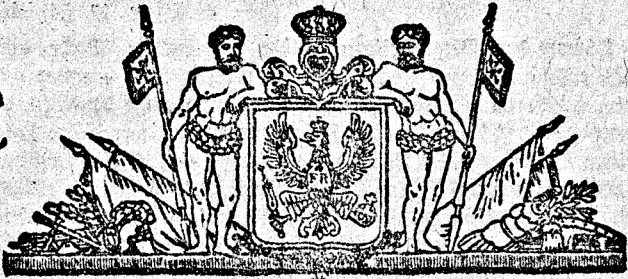


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrales: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Ergebnisse der Wahlen in Süddeutschland.

Süddeutsche Wahlen.

Demokratischer Erfolg in Württemberg.

In Baden am 5. Januar, in Württemberg und Bayern am 12. Januar wurden nach dem gleichen direkten Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre konstituierende Landtage gewählt. Das bayerische Resultat steht im Augenblick noch aus, doch kann schon jetzt gesagt werden, daß die Partei des Ministerpräsidenten Eisner eine Niederlage erlitten hat, während die Mehrheitssozialdemokraten sehr gute Ergebnisse erzielten. Ganz schlecht haben die „Unabhängigen“ in Württemberg abgeschnitten, wo sie von 1 316 000 Stimmen nur 40 000 erhielten, also 3 v. H., und noch miserabler in Baden, wo sie von 1 Million Stimmen nur 14 000 erzielten. Bemerkenswert ist eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“, die besagt, daß die bayerischen Kommunisten im letzten Augenblick ihren Beschluß auf Wahlenthaltung abänderten und beschloßen, überall für die Kandidaten des Zentrums, das in Bayern ausgesprochen gegenrevolutionär ist, zu stimmen. Eine gewisse Konsequenz läßt sich diesem Vorgehen nicht abspreehen, da die extremen Richtungen sich gegenseitig fördern. Ueber das württembergische Wahlergebnis liegt uns folgende Privatmeldung vor:

Stuttgart, 13. Januar.

Das Ergebnis der württembergischen Landeswahlen ist folgendes: Sozialdemokratie 53 Sitze, Deutsch-Demokratische Partei 88 Sitze, Zentrum 81, Rechtsblock (würtembergische Bürgerpartei, Bayernbund, Weingärtner und Kleinlandwirte) 25 Sitze, Unabhängige Sozialdemokratie 4 Sitze. Die Gesamtstimmenzahl ergab: Sozialdemokratie 452 415, Deutsche Demokratie 528 555, Zentrum 273 182, Rechtsblock 214 474 (darunter Bürgerpartei 97 726, Bayernbund 75 756, Weingärtner und Kleinlandwirte 35 249, Verband der Landwirte Oberschwabens 5743), Unabhängige Sozialdemokratie 40 622, Friedenspartei 4027. Die Einberufung der württembergischen Nationalversammlung soll mit größter Beschleunigung erfolgen.

Das Ergebnis der württembergischen Wahlen stellt einen ganz bedeutenden Erfolg der Deutschen Demokratischen Partei dar, die fast ein Drittel der Stimmen erzielte, während sie bei den letzten Reichstagswahlen nur etwa 18 v. H. erhielt. Die sozialdemokratischen Parteien vermochten ihre Stimmziffer von 30 auf 36 v. H. zu steigern. Infolgedessen ist in der neuen Landesversammlung eine starke Mehrheit der Linken vorhanden, die aus 52 Sozialdemokraten und 38 Demokraten besteht, zusammen 90 von 150 Sitzen, dazu noch vier Unabhängige, während der württembergische Landtag bisher zu ungefähr gleichen Teilen aus Anhängern der Rechtsparteien (Zentrum und Konservativen) und der Linksparteien bestand. Die zwei unabhängigen Minister waren bereits vor der Wahl ausgeschieden, da sie angeblich mit dem energischen Vorgehen gegen die Spartakusleute nicht einverstanden waren; vielleicht sahen sie aber auch das Wahlergebnis voraus. Die ausschlaggebende Partei in der Landesversammlung ist die demokratische, die mit ihren 38 Stimmen sowohl eine Mehrheit der Rechten wie der Linken bilden kann. Die Sozialdemokratie hat nach dem Wahlergebnis in dem durch und durch demokratischen Lande bei einem Wahlsystem, das ganz auf ihren Nutzen zugeschnitten ist, keine Aussicht, jemals aus eigenen Kräften die Mehrheit zu erlangen. Es zeigt sich auch hier, daß Demokratie die beste Sicherung gegen jeden Radikalismus ist.

In Baden, das zu zwei Dritteln katholisch ist, sind ganz ähnliche Mehrheitsverhältnisse entstanden. Das Zentrum hat zwar die meisten Stimmen und 40 Mandate erzielt, hat aber doch nur ein Drittel der Wähler hinter sich. Die zweitstärkste Partei ist die Sozialdemokratie mit 36 Mandaten, den Ausschlag geben 25 Demokraten, die ohne Zweifel in vielen Fragen eine Arbeitsmehrheit mit der gemäßigten Sozialdemokratie bilden werden. Zu den Zentrumsstimmen gesellen sich 6 Deutsch-Nationale, so daß die Mehrheit der Linken 15 beträgt, während bisher Rechte und Linke gleichstark waren. Erwähnt sei übrigens, daß einige wenige Stimmen darüber entschieden, daß die Rechte zwei Mandate weniger und die Linke zwei Mandate mehr erhielt. Es hat sich bei dieser Gelegenheit aufs deutlichste gezeigt, daß es bei dem Verhältniswahlrecht durchstäblich auf jede Stimme ankommt!

Eine weitere Niederlage der Unabhängigen. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Chemnitz erhielten,

wie uns der Draht meldet, die Mehrheitssozialisten 64 534, die Deutschnationalen 23 841, die Demokraten 16 211, die Unabhängige und Spartakus 6269, die Privatangestellten 6536 Stimmen.

Foch über die Verlängerung des Waffenstillstands.

Meldung des Wossischen Telegraphen-Büros.
Berlin, 13. Januar.

Marshall Foch hat mitteilen lassen, daß die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens am 15. vormittags, in Trier am Bahnhof begonnen wurden. Sofort nach seinem Eintreffen wird er angeben, zu welcher Zeit die erste Zusammenkunft der Delegierten stattfinden kann. In den Verhandlungen nehmen, wie schon mitgeteilt, von beiden Seiten die Delegierten teil, die seinerzeit an den Verhandlungen in Compiègne und bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstands in Trier teilgenommen haben.

Karlruhe, 13. Januar.

Die „Bäcker Morgenzeitung“ erfährt von informierter französischer Seite, daß Marshall Foch anlässlich der Verlängerung des Waffenstillstands u. a. folgende neue Bedingungen stellen werde: Verstärkung der Befehlstruppen im Rheinlande, Entsendung amerikanischer Truppen nach Polen zum Schutz gegen ein Uebergreifen des Bolschewismus. Dagegen bekräftigt es sich nicht, daß Foch angesichts der Berliner Vorgänge eine militärische Intervention beabsichtigt.

Frankreich und die Bolschewisten.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Genf, 12. Januar.

Die „Humanité“ veröffentlicht ein bisher geheim gebliebenes Antwortschreiben Michans vom 5. Dezember 1918 an die englische Regierung, die vorgeschlagen hatte, unter den verschiedenen in Aufruf konstituierten Regierungen auch die bolschewistische aufzuführen, die Feindseligkeiten einzustellen und Vertreter zur Friedenskonferenz zu senden. Michan lehnte den Vorschlag entschieden ab und erklärte, daß die bolschewistische Regierung niemals als reguläre Regierung anerkannt werden könnte.

Schlesien und die Berliner Vorgänge.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Breslau, 12. Januar.

Die Vorgänge in der letzten Woche in Berlin sind auf die künftige staatsrechtliche Stellung Schlesiens nicht ohne Eindruck geblieben. Die Bestrebungen maßgebender politischer Kreise in Schlesien, die auf eine Absonderung der Provinz hinstreben, werden durch diese Ereignisse einen erhöhten Impuls erhalten. Wie wir hören, sollen bereits in den nächsten Tagen entscheidende Beratungen darüber stattfinden. Es besteht in ober-schlesischen Beamtenkreisen die Meinung, daß dem Ueberhandnehmen des Bolschewismus, in dem Oberschlesien zu erkaufen droht, nur durch eine Lösung von Berlin zu steuern wäre.

Russisch-ukrainische Friedensverhandlungen.

Drahtmeldung.

Kiew, 9. Januar. (Verspätet etgetroffen.)

Auf eine nach Moskau gerichtete Beschwerde des ukrainischen Direktors über Vorstöße der Sowjettruppen auf ukrainisches Gebiet, erwiderte Eschitzherin, das Direktorium wisse, daß eine russische Regierung die Selbständigkeit der Ukraine nicht anerkennen wolle und die Republikaner zum Sieg über den Hetman beglückwünsche habe. Die Sowjetregierung bittet um Entsendung einer Friedensdelegation zu Verhandlungen nach Moskau. Das Direktorium beschloß, eine Friedensdelegation unter Masarenko nach Moskau zu entsenden. Ein zeitweiliges Agrargesetz hebt den Großgrundbesitz in der Ukraine auf und monopolisiert die Landprodukte.

Die zwei Demokratien.

Von

D. Friedrich Naumann.

Es sind etwa 2 Monate seit dem Anfange der deutschen Umwälzung verfloßen, und niemand kann glauben, daß wir schon am Ende aller Ueberraschungen stehen, aber einige Ergebnisse haben sich doch inzwischen dem Volksbewußtsein eingepreßt und können als Ertrag dieses ersten Abschnittes festgehalten werden:

1. So sehr im allgemeinen der gute Wille der Ebertschen Mehrheitssozialdemokratie anerkannt wird, so ist doch andererseits überzeugend zu Tage getreten, daß bei einer Vereinigung aller Sozialisten und Kommunisten eine arbeitsfähige Regierung nicht zustande kommt. Es haben zwei Monate genügt, um die Unvereinbarkeit der zwei Arten von Sozialisten zu erweisen, von denen die eine sich an den ersten Teil und die andere an den zweiten Teil des Erfurter sozialdemokratischen Programms hält. Während nämlich die Ebertschen Sozialisten aus der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zunächst das Lebensfähige erhalten wollen, ehe sie in gegenwärtiger Not und Zwangslage die ganze wirtschaftliche Volkseristenz aufs Spiel setzen, rennt der kommunistische Flügel auf die unbedingt schnelle Proletarisierung und damit Ruinierung der Wirtschaft zu. Mag zwischen beiden Richtungen auch jetzt noch eine gewisse Gemeinsamkeit des „Endzieles“ vorhanden sein, so ist doch das Tempo und die Methode so unterschiedlich, daß eine Gemeinsamkeit auf der Nationalversammlung und darüber hinaus ausgeschlossen erscheint. Jetzt ist nicht mehr die Bewilligung der Kriegskredite der fruchtige Punkt, sondern die Stellung zum sozialistischen Hauptproblem selber.

2. Somit ist die sozialdemokratische Partei eine Partei mit zwei Fronten geworden, wie es der bürgerliche Liberalismus schon immer war. Darin liegt eine bedeutsame Verschiebung der ganzen Haltung dieser Partei, denn sie muß sich von nun an nach links hin ebenso verteidigen wie wir es von unserem Standpunkt aus tun mußten. Die große Wolke der unerfüllbaren Ideale ist weiter über sie hinweg gezogen, und es bleibt eine Partei übrig, die massenhaft und stark, aber nicht mehr prophetisch im alten Sinne ist. Auch sie muß sich die Vorwürfe der Schwäche und Halbheit gefallen lassen, die keiner schaffenden Staatspartei erspart werden. Das wird aber um so schwerer auf der Sozialdemokratie lasten, als sie die harte Erbschaft des Kriegsbelaugens anzutreten hat. Sie muß viel bürgerliches Kapital enteignen, kann aber damit die versprochene allgemeine Wohlfahrt doch nicht herbeizaubern, weil wir ein über-schuldetes Volk sind und Mühe haben, auf unseren Füßen stehen zu bleiben. Auch war die Vergeßlichkeit niemals gefährlicher als in einer Zeit, in der Staatseigentum weniger sicher ist als Privateigentum, weil es ein Opfer ausländischer Friedensforderungen werden kann. Eine sozialistische Partei in dieser durch die Zeitverhältnisse gegebenen Zwangslage hat nicht die freie Möglichkeit, sich als die alleinige große Inhaberin aller Kräfte des Fortschritts darzustellen. Die Sozialdemokratie ist in ihrer Siegeszeit nicht die Erlösungspartei an sich, sondern eine Gesinnungs- und Interessenpartei unter den anderen. So steht sie nach ihrer Trennung von den Kommunisten insbesondere neben der deutschen Demokratie als Gegnerin und auch als Genossin.

3. Zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Demokratie ist kein absoluter Unterschied der innerpolitischen Weltanschauung, da die Sozialdemokratie mehr Ordnungspartei und die bürgerliche Demokratie mehr Volkspartei wurde, als sie es vorher waren. In dieser Hinsicht haben die letzten zwei Monate denen, die die inneren Parteivorgänge verfolgen können, viel Bedeutsames gezeigt. Der gleichzeitige und fast gemeinsame Praxist auf den Straßen Berlins am 20. Dezember 1918 war in feiner demokratischer Ordnung sehr eindrucksvoll. Die staatliche Ordnung ist von jetzt an demokratisch. Auf dieser Stimmung soll und kann die Republik errichtet werden. Das hindert nicht, daß zwischen den zwei Demokratien nach wie vor die heftigsten Wahlkämpfe und Programmkämpfe geliefert werden, aber staatserbaltend sind sie beide, und zwar gegen links und gegen rechts. Wenn dabei die Sozialdemokratie mehr die Vergeßlichkeit hervorhebt und die bürgerliche Demokra-